

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidenten der Stadt Leipzig und des Stadtrats zu Großsch.

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mark, für Selbstabholer 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.— Mark ohne Beleggelb. — Die Einzelnummer kostet 20 Pfg. Telefon Sammelnummer 72206 — **Postfachkonto Leipzig Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72206. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 72206

Insertenpreise: Die 10gepalt. Kolonellselle 35 Pfg., bei Platorschrift 40 Pfg. Stellenangebote 10gep. Kolonellselle 25 Pfg. Familiennachrichten von Privatien die 10gep. Kolonellselle mit 50% Nachl. Reklameselle 2 Mk. Inlerate v. ausw.: die 10gep. Kolonellselle 40 Pfg. bei Platorchrift. 50 Pfg., Reklameselle 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Auktträger, unsere Zweiggelbüte und alle Postanstalten entgegen

Die entlarvten Verräter.

Seldts „vertrauliche Vereinbarungen“.

Kaum ein Tag ist vergangen, und schon sind die „Alten Sozialdemokraten“ von ihren eigenen Koalitionsbrüdern als Verräter entlarvt. Die Deutschnationalen haben selbst den Preis genannt, um den sie bei der Ministerpräsidentenwahl Seldt ihre Stimme gegeben haben.

Der deutschnationale Sächsische Zeitungsdiener meldet, daß vor der Wahl des Ministerpräsidenten Seldt in der Dienstaghsung des Landtags den Deutschnationalen von den bürgerlichen Parteien und den „Mißsozialisten“ erhebliche Zugeständnisse insofern gemacht worden seien, als die Verpflichtung eingegangen worden ist,

daß das Kabinett Seldt spätestens am 1. Juni 1927 zurücktreten hat, falls bis dahin kein Deutschnationaler in das Kabinett ausgenommen worden ist.

Außerdem soll spätestens innerhalb eines halben Jahres die Zahl der Ministerien von sieben auf fünf verringert werden.

Wie die bürgerliche Presse mitteilt, sind diese Vereinbarungen vertraulich zwischen Seldt und den Deutschnationalen getroffen worden. Die Deutschnationalen haben es aber doch für richtig gefunden, den Preis, um den sie Seldt ihre Stimme gegeben haben, in der Öffentlichkeit bekanntzumachen, wahrscheinlich ist diese Bekanntmachung aus Rücksicht auf die deutschnationalen Anhänger erfolgt.

Es wird zwar berichtet, daß von den bürgerlichen Parteien und den „Alten Sozialisten“ die Zugeständnisse gemacht worden seien. Öffentlich handelt es sich aber bei diesen Vereinbarungen nicht um Abmachungen zwischen den Parteien, sondern, wie das bei der bisherigen sächsischen Koalitionspolitik üblich gewesen ist, um Vereinbarungen, die vielleicht von ein paar Hauptmännern der ausschlaggebenden Parteien getroffen worden sind. Vermutlich hat sich erst Seldt mit den Deutschnationalen verständigt und nachher die Zustimmung einiger Fraktionsmitglieder zu der Verständigung erhalten.

Bei der Wahl Seldts hat sich also wiederholt, was sich die Deutschnationalen in den letzten Jahren wiederholt geleistet haben. Macht- und postenlustern, haben die Deutschnationalen ihre Stimmen um Ministerstühle verkauft!

Wiel wichtiger aber ist, daß Raz Seldt in „vertraulichen Vereinbarungen“, also um die Öffentlichkeit zu täuschen und die Beteiligten hinters Licht zu führen, sich die Stimmen kaufte, die er für seine Wahl zum Ministerpräsidenten brauchte. Der Kaufpreis ist die Auslieferung der Regierung an die Deutschnationalen.

Daß das jetzige Kabinett Seldt ohne Deutschnationale nur die Kullisse ist, hinter der die Deutschnationalen stehen, war schon aus den Vorgängen bei der Wahl am 11. Januar zu erkennen. Erst die schroffe Ablehnung, dann die einstimmige Wahl Seldts durch die Deutschnationalen! Das zeigte sehr scharf, daß Seldt von Gnaden der Deutschnationalen Ministerpräsident wurde. Trotzdem bemüht sich Seldt und Konfanten, die Öffentlichkeit zu täuschen, indem sie behaupten, es sei eine Regierung der Mitte gebildet worden. Diese Täuschung der Öffentlichkeit ist durch die deutschnationalen Mitteilungen als

ein unsehörter Schwindel entlarvt

worden. Die Deutschnationalen denken nicht daran, hinter den Kulissen zu bleiben. Sie haben vielmehr nur unter der bestimmten Zusage ihres späteren Eintritts in die Regierung für Seldt gestimmt.

Mit dem Täuschungsmandat von Seldt und Genossen sollten zweifellos auch die eigenen Anhänger der „Alten Sozialdemokraten“ betrogen werden. Soweit in der Öffentlichkeit bekanntgeworden ist, haben die Mitglieder der USPS, eine Beteiligung ihrer Partei an der Regierung mit den Deutschnationalen abgelehnt. Mit Seldts „vertraulichen Vereinbarungen“ sind auch diese Mitglieder der USPS, in schmachvollster Weise hinteres Licht geführt worden. Der Mann, der sich seit Januar 1924 nur durch Vertrauensbruch an seinen Auftraggebern und Klammern im Amt gehalten hat, scheute auch vor dem neuen Vertrauensbruch nicht zurück, als sein Posten wieder einmal in Gefahr war. Ob sich die Mitglieder der USPS, das gefallen lassen, haben sie mit sich selbst auszumachen. Der Vorgang erhärtet aber erneut, daß auf solche Konjunkturpolitik, die zur Erreichung ihres Zieles zu jedem Vertrauensbruch und zu jedem Verrat bereit sind, in keiner Weise Verlaß ist. Schneller als am 11. Januar noch vorauszu sehen war, hat sich bewahrt, daß die „Mißsozialisten“ mit der Wahl ihres Ministerpräsidenten durch die Deutschnationalen ihrer Partei das Graß schauelten.

Die zweite Bestimmung der „vertraulichen Vereinbarung“ Seldts über die Herabsetzung der Ministerzahl ist nicht minder schlimm wie die erste. Die Reaktionskräfte haben seit je auf eine Verminderung der Ministerstühle hingearbeitet. Sie schoben Sparmaßnahmsgründe vor, obwohl sie wußten, daß mit der Herabsetzung der Ministerzahl überhaupt keine nennenswerten Ersparnisse erzielt werden können. Das reaktionäre Bestreben auf Herabsetzung der Ministerzahl ging auch gar nicht auf Sparmaßnahme. Sie wollten vielmehr in erster Linie den Einfluß der parlamentarischen Minister und damit des Parlaments herabdrücken und den Einfluß der hohen staatlichen Bürokratie stärken, weil sie sich der reaktionären Gesinnung dieser hohen Bürokratie durchaus sicher fühlten. Es ist ganz klar, daß die Arbeit, die der Minister leistet, nicht ungetan bleiben kann, wenn die Zahl der Minister verringert wird. Eine Verringerung der Ministerzahl bedeutet eine Vermehrung des Einflusses der hohen Staatsbeamten, wahrscheinlich der Ministerialdirektoren. Das ist der beste Kiegel, den die Reaktionskräfte einer Demokratisierung der Staatsverwaltung vorsetzen können.

Im gegenwärtigen Augenblick und unter den Umständen, unter denen die Verminderung der Ministerzahl vereinbart worden ist, erweist sich diese Maßnahme noch als besonders gefährlich. Die Herabsetzung der Ministerzahl von 7 auf 5 und die Aufnahme der Deutschnationalen in die Regierung ist praktisch eine Stärkung des deutschnationalen Einflusses, der den Charakter der Regierung als rechtsorientierte Bürgerblockregierung noch viel mehr unterstreicht. Wird die Zahl der Minister herabgesetzt, dann wird wahrscheinlich in erster Linie ein „alter Sozialdemokrat“, voraussichtlich Eisner, über die Ränge springen. Außerdem wissen die bürgerlichen Zeitungen zu melden, daß das Innenministerium von den Deutschnationalen besetzt würde. Damit wären die wichtigsten Posten der Regierung in den Händen absolut zuverlässiger Rechtsreaktionäre. Der Deutschnationale Krug von Ridda wird als zukünftiger Innenminister genannt. Dazu der Ministerpräsident Seldt, den die Deutschnationalen schon längst mit Recht als den ihrigen betrachtet haben. Dazu die bewährten Herren Bürger und Dr. Kaiser und ein Minister von der Wirtschaftspartei. Damit hätten die Deutschnationalen eine Zusammenstellung des Kabinetts, die sie sich nicht besser wünschen können.

Nach all dem kann nicht mehr der geringste Zweifel darüber bestehen, daß die „Alten Sozialdemokraten“ ihre Wähler in der

gemeinsamen Weise geprellt und der Linksmehrheit der Landtagswähler eine ausschlaggebend deutschnational beeinflusste Regierung ermöglicht haben. Die Gewissenlosigkeit, mit der die „Mißsozialisten“ die Öffentlichkeit über ihren Verrat zu täuschen versuchen, zeigt sich auch am Volksstaat, der den Deutschnationalen bescheinigt, daß sie „in ebenso kluger wie vornehmer Weise aus dem Gebot der Staatsnotwendigkeit Seldt gewählt haben“.

Zum Schluß schreibt dann der Volksstaat: „Wer die allgemeinen sächsischen Verhältnisse vorurteilsfrei überprüft und abwägt, muß zugestehen, selbst wenn er es persönlich bedauern mag, daß infolge der Haltung der USPS, den Deutschnationalen die aktive Regierungsbeteiligung verweigert blieb.“

Dieses persönliche Bedauern über den Ausschluß der Deutschnationalen an der Regierung schrieb der Volksstaat zu derselben Zeit, als ihm die „vertraulichen Vereinbarungen“ Seldts bekannt sein mußten!

Die Enttarnung der Verräter durch die Veröffentlichung der „vertraulichen Vereinbarungen“ verpflichtet die Sozialdemokratie nun erst recht, alle Kräfte anzuspannen, um dieses Verräterkabinett schleunigt zu beseitigen!

Das Kabinett auf Eubr.

Der Soz. Presbedienst schreibt zu der Veröffentlichung der „vertraulichen Vereinbarungen“ Seldts:

In Sachsen besitzen wir endlich wieder eine Regierung. Aber sie ist auch danach! Es handelt sich um ein Kabinett auf Abruf, eine Regierung, die nicht mit ihrer praktischen Politik steht und fällt, sondern deren Ende festgesetzt wurde, noch bevor sie überhaupt die Fäden in die Hand genommen hat. Im besten Falle und spätestens am 1. Juni d. J. hat das Kabinett Seldt nach den Versicherungen der Regierungsparteien an die Deutschnationalen abzutreten. Die Mittelparteien „regieren“ zwar, aber die Deutschnationalen bestimmen wie und wie lange. Eine Regierung, die unter solchen Umständen auf die Bildfläche tritt, muß in dem Interesse eines jeden politisch denkenden Volkes erledigt sein, noch bevor sie zur ersten Regierungshandlung schreitet. Ist das die „staats-erhaltende Politik“ der „Mißsozialisten“?

Wir glaubten anfänglich, unreine Auffassung über die Entwicklung der Verhältnisse in Sachsen bis nach Kenntnisnahme der Regierungserklärung des neuen Kabinetts zur Klärung zu sollen. Das hat sich durch die Abmachungen der Regierungsparteien mit den Deutschnationalen erledigt; denn jetzt ist völlig klar, welcher Kurs für die Zukunft in Sachsen gesteuert werden muß!

Die Gewerkschaften bei Dr. Curtius.

„Mit tiefstem Mißtrauen“.

SPD. In der Besprechung, die der Wirtschaftsminister Dr. Curtius am Mittwoch mit Vertretern des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des A.F.A.-Bundes abhielt, betonte das Vorstandsmitglied des A.D.G.B., Hermann Müller, daß er die Besprechung eigentlich für verfehlt hielt, da die neue Regierung noch nicht gebildet sei und ein Regierungsprogramm, zu dem die Gewerkschaften Stellung nehmen könnten, noch nicht vorliege. Der Minister erklärte demgegenüber, daß er für die Verhandlungen Wert darauf lege, die Forderungen kennenzulernen, die die Wirtschaft in der jetzigen Situation für besonders vordringlich halte.

Hermann Müller-Vichtenberg ging in seinen Ausführungen von der Forderung aus, daß die Gewerkschaften einer Hinzuziehung der Deutschnationalen zu der Regierung mit tiefstem Mißtrauen gegenübersehen und zwar in erster Linie aus außenpolitischen Gründen. Eine Regierung, in der die Deutschnationalen vertreten seien, bilde keine Gewähr, daß die Politik von Locarno und Dohrnitzung weidentlich fortgesetzt werde, ganz abgesehen davon, daß so entschieden antirepublikanische Politiker, wie sie in der Deutschnationalen Partei zu finden seien, in die Regierung der Republik nicht hineingehören. Die entschiedene Fortführung der Friedenspolitik sei eine Voraussetzung geistlicher Entwicklung der Wirtschaft. Der Minister bekannte sich zwar rückhaltlos zu der Politik von Locarno, aber er war offenbar der Meinung, daß die Hineinnahme der Deutschnationalen keine Belastung für diese Politik bedeute.

Die Gewerkschaftsvertreter legten sodann die im Augenblick wesentlichsten sozial- und wirtschaftspolitischen Forderungen dar. Grundlegend in dieser Hinsicht ist die Forderung des Notgesetzes über den Arbeitsvertrag, die strikte Befolgung des Leberstundenunwesens, das wegen der ständigen Arbeitslosigkeit nicht tragbar ist. Kaum weniger wesentlich ist eine Erhöhung der Löhne, die keinesfalls an eine Bedingung wie die Befestigung der Wohnungswirtschaft oder eine starke Erhöhung der Mieten gebunden werden darf. Die Arbeiterchaft hat bisher durch die Rationalisierung eine Besserung ihrer Lage nicht er-

fahren; im Gegenteil, sie trägt in Gestalt der Massenarbeitslosigkeit die Kosten der Rationalisierung. Deshalb fordern die Gewerkschaften eine Mischung der Sozial- und Wirtschaftspolitik, die darauf abzielt, die Früchte der Rationalisierung, die bisher einseitig den Unternehmern zugute kamen, durch Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung der Löhne und Senkung der Preise auch der breiten Masse der Lohn- und Gehaltsempfänger zuteil werden zu lassen.

Aus den Erwiderungen des Ministers ergab sich ein zwingender Eindruck, daß zwischen den Forderungen der freien Gewerkschaften und der Auffassung des Ministers ein weitgehender und unüberbrückbarer Gegensatz besteht. Es ergibt sich hieraus, daß die freien Gewerkschaften einem etwaigen Kabinett Curtius von vornherein mit dem schärfsten Mißtrauen gegenüberstehen.

Vor den freien Gewerkschaften empfing der Vertrauensmann des Reichspräsidenten mehrere Vertreter der christlichen Gewerkschaften, die ähnliche Forderungen aufstellten wie die Vertreter der freien Gewerkschaften. Auch in den späteren Verhandlungen mit der Christlich-Demokratischen Gewerkschaft wurden Forderungen aufgestellt, die sich eng an die Wünsche der freien Gewerkschaften und der christlichen Organisationen anlehnen. Auch in den Besprechungen mit den christlichen bzw. Christlich-Demokratischen Gewerkschaften sollen sich trotz aller Zurückhaltung des Herrn Curtius starke Gegenstände zwischen den gegenseitigen Auffassungen ergeben haben, so daß ein starkes Mißtrauen aller Gewerkschaftsrichtungen gegen die Person des Herrn Curtius, noch mehr aber gegen ihn als Führer eines Kabinetts als Ergebnis der gestrigen Verhandlungen festzustellen ist.

Wie das Nachrichtenbureau des V.D.J. mitteilt, wird Dr. Curtius heute die Wirtschaftsverbände der Industrie und der Landwirtschaft empfangen, um deren Auffassungen zur gegenwärtigen Situation kennenzulernen.

Die deutschnationale Presse teilt mit: Die Parteileitung der Deutschnationalen Volkspartei hielt heute mittag eine Sitzung ab, in der sie den Bericht des Parteivorstandes über die Lage entgegennahm. In der darauffolgenden Ansprache wurde völlige Einmütigkeit festgesetzt.